

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 50 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 13. Dezember 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Wir grüßen Euch! —
Das Schicksal der Revolution liegt in der Arbeiter Hand! —
Die 19. Kriegsstatt. — Sitzung der Auskunftsstelle für
das Leder- und Schuhgewerbe. — Konferenz der Vertreter
der Verbandsverbände. — Vereinbarung zwischen Arbeit-
geberverbänden und Gewerkschaften. — Das Ziel der Demo-
bilisierung. — Korrespondenzen. — Aus unserem Beruf. —
Soziales. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. —
Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 15. bis 21. Dezember
1918 ist der 51. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Wir grüßen Euch!

Herzlich willkommen! Euch treuen und un-
erschütterlichen Kämpfern, die ihr nach jahre-
langen Strapazen und Entbehrungen den heimat-
lichen Boden betretet! Tausend Dank Euch, die
Ihr mit Euren Weibern Herd und Familie vor
den Schrecknissen des Krieges im eigenen Lande
bewahrt habt! Dank und ehrendes Andenken
denen, die mit ihrem Leben aus Pflicht und
innerer Ueberzeugung, aber einem Wahne fol-
gend, verbluten mußten! Fluch, ewiger Fluch
denen, die das schreckliche Völkermorden ange-
zettelt und Millionen Volksgenossen ins Elend
gestürzt haben!

Ihr, die Ihr dem blutigen Stahlbad ent-
ronnen seid, Ihr seid heimgekehrt zu Eurer
Familie, zu Euren Genossen, beseelt von dem
Willen, ein neues, ein besseres Deutschland zu
schaffen, mitzuarbeiten an der Beseitigung des
Kapitalismus, der verderbenbringenden Reaktion.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlich-
keit, Brot für alle Menschenkinder
sollen fortan nicht leere Phrasen sein, sondern
wahre, schöne Wirklichkeit werden.

Der Anfang ist bereits gemacht. Das Volk
hat sich seine politische Freiheit erkämpft. Die
bisherigen Machthaber sind weggefegt, wie elende
Feiglinge haben sie sich durch die Flucht ihrer
Verantwortung entzogen. Niemand trauert
ihnen nach.

Das Volk atmete auf. Die Morgenröte
einer neuen Zeit zeigte sich am Himmel. Es
schien, als ob alle Kräfte sich zusammenschweißen,
um den Sieg der Revolution dauernd zu festigen.
Aber nur zu schnell ballten sich schwarze Wolken
am politischen Himmel, die die wärmenden
Strahlen der aufgehenden Sonne verdunkeln. Die
Bedingungen der Ententemächte auf der einen
Seite, das übercrabifale Gebaren der Linksliniker
in Verbindung mit der Reaktion, bedrohen die
so lang ersehnte junge Freiheit.

Kollegen, nie, niemals darf die Reaktion
ihr Haupt erheben, jeder Versuch, diesem Leich-
nam wieder Leben einzuflöschen, muß scheitern.
Aber ebenso scheitern muß jeder Versuch, durch
phantastische Sprünge der organischen Entwick-
lung vorzugreifen. Wer eine gesunde, allen
Menschen heilbringende Weltwirtschaft erwünscht,

muß bedacht sein, auf festem Boden zu stehen und
zu arbeiten.

Mit berechtigtem Stolz können wir sagen,
die Gewerkschaften haben getreu diesem Grund-
satz vor dem Kriege und während des Krieges
gehandelt, sie werden im Interesse der Arbeiter-
schaft auch in Zukunft im gleichen Sinne arbeiten,
unbekümmert aller Angriffe von rechts und links.
Dieses Bestreben hat die denkende Arbeiterschaft
stets unterstützt, was auch in dem starken Zu-
strom zu den freien Gewerkschaften sich augen-
fällig zeigt.

Auch unsere Organisation, der Verband
der Sattler und Portefeuille, war
stets darauf bedacht, den wirtschaftlichen Bedürf-
nissen der Berufsgenossen Rechnung zu tragen.
Larise wurden für die einzelnen Branchen ge-
schaffen oder sind im Werden begriffen, dem
Zwischenmeisterunwesen und der
Heimarbeit wird das Sterbegeld
lein geläutet. Die Arbeitsvermittlung
wird in baldigster Weise paritätisch geleitet und andere
soziale Fragen sollen gelöst werden. Dies kann
aber nur mit Erfolg geschehen, wenn die Gesamt-
kollegenschaft sich nicht irreleiten läßt, Matten-
fängern trotz aller Konfarenbläse keine Ge-
folschaft leistet.

Die Arbeiterschaft kann nur leben, wenn sie
produktiv arbeitet. Arbeit ist nur vorhanden,
wenn Handel und Wandel blüht, wenn die Mög-
lichkeit vorhanden ist, deutsche Industrieerzeug-
nisse auf den Weltmarkt zu bringen. Der Aus-
tausch von Fertigfabrikaten mit Agrar- und
Kolonialprodukten muß so schnell wie möglich in
die Wege geleitet werden. Dazu bedürfen wir
Ruhe und Besinnlichkeit. Wir warnen daher vor
überspannten Lohnforderungen, die zu nichts
weiter führen, als zur weiteren Geldentwertung
und schließlicher Ausschaltung jeden Wettbewerbs
auf internationalem Markt. Das kann und darf
nicht der Wille der deutschen Arbeiterschaft sein.

Die Sozialisierung wird und muß kommen,
sie darf aber nicht auf einem wirtschaftlich unter-
wühlten Boden aufgebaut werden. Damit be-
lastet, würde sie in sich zusammenbrechen. Dar-
über Klarheit zu schaffen ist Aufgabe aller Ge-
werkschaftler.

Ihr, die Ihr draußen in Schlamm und
Dreck unmenliche Entbehrungen erleiden
müht, Ihr habt gelernt das eigene Ich hinter
dem Wir zu stellen, so soll es auch in unseren
wirtschaftlichen Kämpfen bleiben, die Eurer
harrn. Der Gemeinschaftsgeist muß den Egois-
mus besiegen. Gilt es doch in der Euch wieder-
gegebenen Heimat mit alter Treue, alter
Beharrlichkeit, mit neuem Mut und
frischer Latkraft an die wirtschaft-
liche Befreiung der Arbeiter heran-
zugehen. Dies große Werk wird mit Eurer Mit-
hilfe gedeihen. Darum vollzieht sofort
Eure Wiederanmeldung zu unse-
rem Verbands und seid nochmals
herzlich willkommen!

Das Schicksal der Revolution liegt in der Arbeiter Hand!

Der Kriegsausgang und die Revolution haben
der deutschen Sozialdemokratie die politische Macht
in die Hände gegeben und damit die deutsche Ar-
beiterklasse selbst zu ihres Geschickes Schied ge-
macht. Wird die Arbeiterklasse es verstehen, ihr
Glück zu schmieden, das mit dem Glück des deutschen
Volkes unlöslich verbunden ist, oder wird sie durch
Dilettantismus und unkluge Experimente sich und
ihre politische Herrschaft zugrunde richten?

Die deutsche Arbeiterklasse sieht sich nach dem
Sturz der alten Herrschaft vor eine Reihe schwerer
wirtschaftlicher und politischer Aufgaben gestellt,
von deren befriedigender Lösung nicht nur der weitere
Gang und das endgültige Ergebnis der Revolution,
sondern auch das fernere Schicksal der deutschen Ar-
beiterklasse und des ganzen deutschen Volkes abhängt.
Die befriedigende Lösung dieser Aufgaben ist nur
möglich, wenn sich die Arbeiterschaft nicht nur Mac
ist über das Ziel, das es in letzter Linie zu erreichen
gilt, sondern auch klar über den Weg, den sie zu
diesem Ziele zu gehen hat. Ist sie sich nicht klar
über den Weg, so besteht die Gefahr, daß sie auf
Fremde gerät und in Abgründe stürzt, aus denen sie
sich nur schwer wieder erheben könnte. Es ist des-
halb heute mehr als je notwendig, daß sich die
deutsche Arbeiterschaft von der Verunsicherung und nicht
von unklaren Gefühlen leiten läßt.

In den letzten Wochen scheint uns das nicht
immer bei allen deutschen Arbeitern geschehen zu
sein. Die Revolution hat Arbeiterschichten auf-
gerüttelt und Kräfte an die Oberfläche gebracht, die
noch vor wenigen Wochen gewerkschaftlich und politi-
sch indifferent waren. Durch die politischen Er-
eignisse einmal in Bewegung gesetzt, üben diese
Schichten auf den Gang der Geschicke zum Teil
keinen günstigen Einfluß aus. Sie sind nicht durch
die gewerkschaftliche und politische Schule gegangen,
wissen nichts von Gemeinm und Solidarität und
sind mangels ausreichender wirtschaftlicher und politi-
scher Kenntnisse leicht jedem Demagogen zugäng-
lich, der radikal zu reden und sie richtig „zu nehmen“
versteht. Immer nur ihre engen persönlichen Inter-
essen vor Augen, fragen sie wenig danach, wie ihr
Zun auf die übrige Arbeiterschaft oder gar auf die
Volksgesamtheit und damit auf den weiteren Gang
der Revolution wirkt. Es fehlt ihnen an wirtschaft-
licher Einsicht ebenso wie an Verantwortlichkeits-
gefühl. Insofern rächt es sich jetzt bitter, daß vor
dem Kriege nicht viel größere Arbeitermassen von
der gewerkschaftlich-politischen Aufklärung erfasst
worden sind.

Der „Grundstein“, dem wir diesen Artikel ent-
nehmen, führt einige Beispiele an.

Unser ganzes Wirtschaftsleben ist durch den
Krieg aufs stärkste gerüttelt und durch die erbar-
mungslos harten Waffenstillstandsbedingungen ge-
radezu bedroht. Die Demobilisierung unserer Heere,
die Verjüngung der städtischen Bevölkerung mit Le-
bensmitteln, die Produktion unserer Fabriken, ja so-
gar der Friede und das Leben von Millionen von
Menschen hängen von einem ungehörten Fortgang
der Kohlenproduktion ab. Obwohl uns nun große
Gebiete, die bisher für uns Kohle geliefert haben,
infolge ihrer Besetzung durch fremde Truppen keine
Kohlen mehr liefern können, obwohl dadurch der Be-
trieb der Bahnen, die Versorgung der Städte mit
Gas und Elektrizität, die Versorgung der Fabriken
und der Privatwirtschaften mit Kohle aufs

schwerste bedroht ist, obwohl dadurch die Demobilisation gefährdet, die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen in Frage gestellt und die Gefahr der Fortsetzung des Krieges heraufbeschworen wurde, obwohl Kohlenmangel für die Industrie, Störung und für Millionen Arbeiter Arbeitslosigkeit bedeutet, obwohl schließlich sogar die Gefahr besteht, daß Millionen Frauen und Kinder infolge Mangels an Kohlen frieren und infolge Störung des Güterverkehrs und der Lebensmittelherzeugung demnächst hungern und vielleicht verhungern müssen, haben in der letzten Woche Gruppen von Bergarbeitern in Oberschlesien und in Rheinland-Westfalen zur Durchsetzung von Lohnforderungen entgegen dem Willen der Bergarbeiterverbände die Stilllegung der Kohlenzechen angestrebt und zum Teil auch erreicht.

Es ist klar, daß ein solches sinnloses Vorgehen — sinnlos deshalb, weil berechnigte Lohnforderungen heute leicht auf dem Wege der Verhandlungen durchzusetzen sind — weite Bevölkerungsschichten, die von den Folgen eines solchen Vorgehens betroffen werden, von der Herrschaft der Arbeiterklasse abschneiden und ins Lager der Reaktionsäre treiben muß.

Ein anderes Beispiel: Infolge der Eroberung der politischen Macht wurde die Arbeiterkraft auch in ihrem Verhältnis gegenüber den Unternehmern mächtig gestärkt. Die Arbeiter können heute, wenn sie keine Rücksicht auf das Wirtschaftslieben nehmen wollen, den Unternehmern die Lohn- und Arbeitsbedingungen einfach diktieren. In vielen Fällen ist das auch geschehen, und sofern dabei Rücksicht auf den Fortgang der Produktion genommen wird, ist das schließlich auch nicht allzu gefährlich. Auch die Unternehmer vieler Berufe haben ja den Arbeitern noch bis zum Kriege die Lohn- und Arbeitsbedingungen einfach diktiert. Aber gefährlich, und zwar gefährlich für die Arbeiter selbst, wird ein solches Diktieren dann, wenn die Arbeiter nicht mehr die wirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigen, wenn sie glauben, den Unternehmern ohne Schaden für sich selbst und für die Gesamtheit jeden Lohn diktieren zu können.

Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß Arbeiter von ihren Unternehmern ganz horrende Löhne gefordert haben. Im ober-schlesischen Bergbau hat man zum Beispiel einen Schichtlohn von 25 Mk. verlangt. Unter dem vorhin geschilderten Zwange der Not ist dieser Lohn wohl auch bewilligt worden. In anderen Berufen hat man Stundenlöhne von 2 bis 3 Mk. verlangt, und manchen Arbeitern gingen diese Forderungen noch nicht weit genug. Sie sind der Meinung, daß sich die Löhne ohne Schaden für die Industrie und sie selbst plötzlich auf jede beliebige Höhe steigern ließen. Und sie glauben, daß mit Löhnen in der von ihnen gewünschten Höhe ihre wirtschaftlichen Nöte beseitigt würden.

Auch diese Arbeiter sind natürlich in Irrtümern befangen. Man kann die Löhne in einer Industrie nicht auf jede beliebige Höhe hinaufführen, ohne die Industrie zu ruinieren, und man kann mit einer über ein gewisses Maß hinausgehenden Erhöhung der Löhne nur noch eine allgemeine Entwertung des Geldes, aber keine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiter bewirken. Vorübergehend wird allerdings eine Besserung eintreten; aber auch das geschieht nicht, wie wohl viele glauben, auf Kosten der Unternehmer, die ja in der Regel solche Lohnerhöhungen gar nicht tragen können, sondern auf Kosten der Allgemeinheit. Der Unternehmer schlägt die hohen Löhne ganz oder zum größten Teil auf die Preise der Produkte, und die Verbraucher müssen sie bezahlen. Es dauert gar nicht lange, dann sind die Lohnerhöhungen durch die Erhöhung der Preise wieder ziemlich wettgemacht, und das Spiel muß aufs neue beginnen. Das ist noch der günstigste Fall. Geradezu gefährlich können übermäßige Lohnforderungen dann für die Arbeiter sein, wenn die Unternehmer die geforderten Lohnerhöhungen weder selber tragen, noch auf die Verbraucher abwälzen können. Dann müssen solche Lohnerhöhungen zu einer Störung der Produktion führen und für die Arbeiter Arbeitslosigkeit und Not im Gefolge haben.

Um solche unliebsamen Folgen zu vermeiden und doch der Arbeiterkraft einen möglichst großen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben, haben sich die meisten deutschen Gewerkschaften schon lange vor dem Kriege das Recht der Mitwirkung bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft. Dieses Recht ist heute auf Unternehmensebene auch von den ehemals größten Schwarzmachern anerkannt und in der zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden abgeschlossenen Vereinbarung vom 15. November niedergelegt. Der weitere Ausbau dieses Rechts, die volle Durchsetzung der gewerblichen Demokratie, muß bis zur Sozialisierung der Betriebe das weitere Ziel der Gewerkschaften sein.

Und noch ein verhängnisvoller Irrtum macht sich heute unter den Arbeitern vielfach geltend. Das ist die Meinung, daß es die Arbeiterkraft jetzt und

in Zukunft trotz verkürzter Arbeitszeit nicht mehr nötig habe, ihre Arbeitskraft so produktiv wie früher anzuwenden. Mit andern Worten: daß es heute, wo die politische Herrschaft der Kapitalisten gebrochen ist, nicht mehr darauf ankomme, ob der einzelne viel oder wenig leiste. Nichts ist irriger als das! Wo nichts vorhanden ist, kann man nichts bezehren. Wenn nur wenig Werte erzeugt werden, kann man auch nur wenig verbrauchen. Das Ziel der Sozialisten muß es sein, so rasch als möglich aus dem jetzigen Elend herauszukommen. Das ist aber nur möglich, wenn jeder Volksgenosse die Erzeugung neuer Werte mit allen Kräften fördern hilft. Ohne das kommen wir nicht aus Hunger und Elend heraus. Solange das Angebot an Waren und Lebensmitteln knapp, die Nachfrage aber groß ist, dürfen wir auch keine nennenswerte Senkung der Preise erwarten. Wir brauchen nicht nur Waren für uns, sondern auch zum Austausch gegen Lebensmittel für andere Länder. Wir müssen zum Beispiel die Lebensmittel, die uns Amerika schicken soll, mit Waren im Wert von Milliarden bezahlen. Können wir das nicht, dann werden wir auch nichts bekommen. Darum darf die Erzeugung von Waren nicht stocken.

Das Ziel des Sozialismus kann selbstverständlich niemals eine gesundheitsgefährdende Schutzelerei, aber auch niemals das direkte Gegenteil sein. In der sozialistischen Gesellschaft muß es heißen: Bei möglichst kurzer Arbeitszeit und möglicher Schonung der Arbeitskraft die Arbeitsergiebigkeit soviel wie möglich zu steigern.

Von dem Verhalten der Arbeiterkraft in der nächsten Zeit wird nicht nur in hohem Maße der Ausfall der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung abhängen, sondern das Schicksal der deutschen Revolution überhaupt. Lassen sich die Arbeiter von der Verneinung und von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten leiten, dann brauchen wir um das Schicksal der Revolution nicht besorgt zu sein. Andernfalls aber könnte es leicht passieren, daß die Arbeiter, anstatt die Revolution vorwärts zu treiben und mit einer planmäßigen und schrittweisen Sozialisierung der Gesellschaft einer glücklichen Zukunft entgegenzugehen, der Gegenrevolution zum Siege verhelfen und einen Triumph der Reaktion erleben, wie wir ihn selbst unter dem alten Regime nicht gekannt haben. Die freiheitlichen Grundgesetze der Revolution werden nur dann auf die Dauer als gesichert gelten können, wenn unter ihnen nicht nur einzelne, sondern die Masse des Volkes besser, glücklicher und zufriedener lebt, als sie unter dem alten Regime gelebt hätte. Wir sind sicher, daß unsere Kollegen in ihrer überwiegenden Mehrheit diese Zusammenhänge einsehen und dementsprechend handeln werden.

Die 19. Kriegstatistik

der freien Gewerkschaften vom 30. September d. J. ergibt für unsern Verband einen Stand von 7061 männlichen und 3751 weiblichen Mitgliedern. Voll gearbeitet haben 11 716, verkürzt 1280; arbeitslos waren 58 männliche, 65 weibliche Mitglieder; krank waren 139 bzw. 154. Zum Militär eingezogen waren 12 845; davon sind 750 als gefallen gemeldet. Während des Krieges sind 21 402 männliche und 15 457 weibliche Mitglieder aufgenommen worden; 14 422 männliche und 9708 weibliche sind wieder ausgetreten oder wurden ausgeschlossen. In der Zeit vom 3. August 1914 bis 30. September 1918 betragen die Ausgaben für Unterstützungen 641 909 Mk.; davon für Arbeitslose 450 658 Mk., für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 391 293 Mk.

Sitzung der Auskunftsstelle für das Lederausrüstungsgewerbe

Berlin, am 8. Dezember 1918.
 Folgende Stücklöhne wurden festgelegt:

Trageriemem mit Tasche zum großen Feldjournsprecher 17:	Mark
Alles Handnaht	0,82
plus 20 Prozent Kriegszuschlag.	
Infanterie-Patronentasche, Modell 95:	
Alles Handnaht (Glenstück mit Maschine genäht)	0,90
plus 20 Prozent Kriegszuschlag.	
Tasche zur kleinen Drahtschere 15:	
Stahl 10 Pf. Maschinen-Arbeitslohn für Zusammennähen mit der Hand	0,50
plus 20 Prozent Kriegszuschlag.	
Kavallerie-Patronentasche n. A.:	
Falls die Bobennähte mit der Hand ausgeführt	0,24
Falls die 3 Deckel mit der Hand in die Rückwand eingehäutet werden	0,15
plus 20 Prozent Kriegszuschlag.	

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 8. Dezember 1918 fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt. An erster Stelle war die Beratung des Statutenentwurfs für die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften vorgehen. Die Konferenz wünschte aber zunächst eine allgemeine Aussprache über die gegenwärtige Lage und den Einfluß der Gewerkschaften. Während Paeplo eine Zurückstellung der Arbeitsgemeinschaft wünschte, bis der Einfluß der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete sichergestellt sei, erklärte Legien, daß die Lage im Reich sich bereits kläre und daß die Gewerkschaften sich nicht ausschalten lassen dürfen, denn sie seien notwendig, sowohl für die Regelung der Arbeitsverhältnisse als auch für die Regelung und Sozialisierung der Produktion. Auch Liebnecht habe 1893 in seiner Bielefelder Rede gesagt: Wir brauchen die Gewerkschaften für die Sozialisierung und wir müßten sie schaffen, wenn wir sie nicht hätten.

H. Schmidt unterbreitete den Entwurf einer Kundgebung und schilderte die finanziellen Angriffe aller möglichen Räte in die Nahrungsmittelversorgung. In der Zucker- und Mühlenindustrie werde der Dreischichtenbetrieb verboten und damit die Ausnutzung der Produktionsmittel unterbunden. In der Seefischerei habe der Transportarbeiterverband einen Tarifvertrag mit billigen Lohnfäßen abgeschlossen. Jetzt verlangen die Arbeiter der Fischereifahrzeuge 350 Mk. Lohn und Fanganteil, wodurch die Fischversorgung ungeheuer erschwert werde. Ein sogenannter Reichsmarinemat hindert die Reparatur und das Ausfahren der Handelschiffe, um einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben. In den einzelnen Orten werde der Nahrungsmittelverkehr schlimmer unterbunden als in der Landwirtschaft während des Krieges. Wir dürfen nicht mehr schweigen, sonst macht man uns für diese Zustände mitverantwortlich. Die Sozialisierung der Produktion werde uns vor harte Tatsachen stellen, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir nicht ruffischen Zuständen entgegenstreben wollen. Paeplo glaubt, daß der Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben doch arg erschüttert sei und man müsse ihn erst einmal wiederherstellen, ehe man sich mit den Arbeitgebern über die gemeinsamen Fragen verständige. Einer Kundgebung, wie Schmidt sie verlangte, stimmte er zu. Dum erklärte, daß das Material von H. Schmidt erheblich vermehrt werden könnte. In Röhren, einer Gemeinde von 80 000 Einwohnern, wurde die Besoldung von 2000 Soldaten mit je 10 Mk. pro Tag für die öffentliche Sicherheit verlangt. Die Parteipresse, auch der „Vorwärts“, habe leider nicht den Mut, die Massen auf die Unhaltbarkeit dieser Zustände hinzuweisen. Stühmer bezeichnete als Hauptursache der Verwirrung nicht die Arbeiter- und Soldatenräte, sondern die vielen Agitationsversammlungen der Unabhängigen und der Spartakusrichtung, in denen offen erklärt werde, daß nicht Ruhe und Ordnung, sondern Unruhe und Auflösung ihr Ziel seien. Daß sich Dinge, wie sie hier vom Reichsmarinemat geschildert wurden, ereignen können, liege nur an der mangelnden Einheitlichkeit der Reichsregierung.

Staatssekretär Bauer hielt die Sozialisierungsversuche nicht für so tragisch. In der Regel kommen sie nur vor, wo die Fabrikleitung versage und den Arbeitern die Löhne nicht auszahle. Nach ruhiger Verhandlung sind solche Versuche fast stets rückgängig gemacht worden. Die Gewerkschaften sollen sich nur nicht durch die hochgehenden Redewogen einschüchtern lassen. In einigen Wochen werden wir uns zu ruhigen Zuständen durchgerungen haben. Auch in Berlin habe man den Gewerkschaften die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben übertragen. Ein Gesetzentwurf sei in Vorbereitung, wonach die gewerkschaftlichen Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen als Grundlage anerkannt und mit Gesetzeskraft ausgestattet werden sollen. Er werde in nächster Woche als Gesetz veröffentlicht. Der Achtstundentag sei etwas übereilt vereinbart, ohne die im öffentlichen Interesse notwendigen Ausnahmen festzustellen. Die Gewerkschaften müssen ruhig weiterarbeiten, damit der böllige Zusammenbruch verhütet werde. Urban war mit dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaft einverstanden, doch bestanden Bedenken gegen die Teilnahme der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, da sich in dieser Organisationen befänden, die von den Unternehmern ausgehalten würden. Der Achtstundentag sei vom Demobilisierungsamt für die Gewerbetreibende angeordnet, ohne die Angestellten zu erwägen.

Thomas hat den Eindruck, als ob man in Berlin es nicht so empfinde wie anderwärts, welcher Wirrtum hier bestehe. In der Resolution müsse auch zur Frage der Bergesellschaftung der Betriebe Stellung genommen werden. Auch sei erwünscht,

wenn das „Correspondenzblatt“ der Gewerkschaftspresse eine Reihe kurzer Artikel zur Verfassungskonferenzfrage zur Verfügung stelle. Die Generalkommission sollte ferner ein gewerkschaftliches Nachrichtenbureau errichten. Endlich wünscht der Redner, die amfendenden Redakteure zu einer Konferenz zur Beratung über die Behandlung der gegenwärtigen Lage zu berufen.

U m b r e i t entgegnete, daß an einer solchen Konferenz alle Gewerkschaftsredakteure teilnehmen müßten. Eine gewerkschaftliche Korrespondenz sei bereits in Aussicht genommen. Das „Correspondenzblatt“ habe schon vor zwei Jahren eine Reihe von Artikeln über Verfassungskonferenzfragen gebracht, noch dazu aus fachlich berufenen Kreisen. Gegenwärtig sei die Wirtschaftslage so gerrüttet, daß man in der Sozialisierungsfrage zu ganz anderen Ergebnissen gelangen müsse. Die Zustände in Berlin beweisen, daß verantwortliche Volksbeauftragte ganz unverantwortlichen Einflüssen unterliegen, wie Richard Müller im Fall Piechangel beweise. Das Verlangen nach Kontrollausschüssen für die Gewerkschaften sei ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit, den man den Gewerkschaften in den Zeiten der schmerzhaftesten Reaktion des Koller- und Dallwitzregimes nicht zugunsten habe. Eine solche Beaufsichtigung sei mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

W a u e r wandte sich gegen das Verlangen Urbans nach Ausschaltung bürgerlicher Angestelltenverbände. Jede Vergewaltigung anderer Organisationen müsse vermieden werden.

L e i p a r t ver sprach sich wenig von einem Protest gegen Uebergriffe von Arbeiter- und Soldatenräten, sondern Erfolg habe nur die praktische Arbeit. Wir haben keine Ursache zum Pessimismus, denn nie hätten die Gewerkschaften so starken Zustrom gehabt wie gegenwärtig. Man könne den Arbeitern auch nicht verüben, Lohnforderungen zu stellen. Die Gewerkschaftspresse müsse sich unausgesetzt mit praktischen Gewerkschaftsfragen befassen. Die Genossen sollten sich stets auf den praktischen Gewerkschaftsstandpunkt stellen, weniger Kritik üben, desto mehr aber mitarbeiten, dann werde das Vertrauen zu den Gewerkschaften auch nicht erschüttert werden.

S e c h t wünscht, die Generalkommission möge auf die Partei einwirken, daß die in Berlin überhandnehmenden destruktiven Tendenzen zurückgedrängt würden.

U r b a n polemisiert gegen Wauer, der alle Beschwerden von angeblich vergewaltigten Sonderorganisationen gläubig hinnehme, ohne den anderen Teil zu hören.

W i s m a n n (Bergarbeiter) erklärte, daß im Ruhrrevier von ausgedehnten Streiks keine Rede sei. Die Forderung sei noch dieselbe wie vor der Revolution. Die Vergleiche wünschen nichts sehnlicher, als die baldige Tagung der Nationalversammlung, damit bald Ruhe und Ordnung wiederkehre.

R o t h bekümmert von der revolutionären Sozialpolitik eine Beeinträchtigung der deutschen Volkswirtschaft, wodurch die Arbeiter selbst geschädigt werden.

L e g i e n weist den Anspruch Urbans zurück, daß die bürgerlichen Angestelltenverbände von der Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen sein sollten. Dann müßten auch die übrigen Gewerkschaftsgruppen abgewiesen werden. Das würde aber wenig demokratisch sein. Er verurteilt auch jeden Zwang gegen Uebersorganisationen, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Urbans Stellung in seinem Vorstand sei gewiß äußerst schwierig, aber wenn der Vorstand sich niemals gegen die Haltung seines Plattes verhalte, dann dürfe er sich nicht wundern, daß man ihn auch für den Inhalt des letzteren verantwortlich mache. Die Mißbilligungen aus Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte werden schwinden, sobald die Reichsregierung durch das in Aussicht gestellte Gesetz die Befugnisse der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse für das ganze Reich geregelt habe. Die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft müsse beschleunigt werden, damit nicht inzwischen in der Uebergangswirtschaft das bürokratische System wieder Platz greife. U r b a n gab eine Darstellung der Wirksamkeit des Zentralrates der Angestelltenverbände, der keinerlei Druck ausübe. Die mit einigen kleinen Abänderungen angenommene Resolution lautet:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erblickt in der von einzelnen Arbeiterräten versuchten Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine ernste Gefahr, sowohl für die deutsche Arbeiterklasse als für unsere gesamte Volkswirtschaft. Die Arbeiterräte als politische Organe der Revolution sollten für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften herangezogen, die in jahrzehntelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben, die insbesondere bei der bevorstehenden Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige unentbehrlich sind. Auch die Einrichtung der Gewerkschaften, insbesondere der gewerkschaftlichen Organi-

sationsapparat, sind unerläßliche Vorbedingungen für eine tatkräftige Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse. Werden diese durch lokale Arbeiterräte oder durch Betriebsausschüsse ohne jegliche Verantwortung vor der Gesamtarbeiterchaft ersetzt, muß das zu einer Lahmlegung unseres Wirtschaftslebens und somit zur schwersten Schädigung sowohl der Arbeiter in der Heimat, als der aus dem Felde heimkehrenden Soldaten führen, die an Stelle von Arbeitsdienst und Brot Arbeitslosigkeit und Not vorfinden. Auch die Errungenschaften der Revolution würden dadurch in Gefahr gebracht.“

Die Konferenz appelliert daher an die organisierte Arbeiterklasse, der Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen entgegenzutreten. Die Gewerkschaften bieten nach wie vor die stärkste Gewähr für eine dauerhafte Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen.“

Die Konferenz stimmte einmütig dem Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu. In der Einzelberatung des Satzungsentwurfs wurde § 1 (Zweck der Arbeitsgemeinschaft) mit einer kleinen Streichung angenommen. Unverändert fanden Annahme § 2 (Organ), § 3 (paritätische Zusammensetzung und Leitung), § 4 (Zirkelgruppen, Gruppenausschüsse), § 5 (Untergruppen, Untergruppenausschüsse), § 6 (Wahl der Gruppenorgane) verlangt, daß für eine Vertretung der Minderheit Sorge zu tragen ist.

L e g i e n berichtet, daß diese Fassung ein Entgegenkommen gegen die kleineren Gewerkschaftsgruppen bedeute, das indes den christlichen Gewerkschaften nicht genüge; dieselben forderten vielmehr ein Vertretungsrecht in allen Ausschüssen. Die Konferenz stimmte der vorgelegten Fassung zu und sprach sich gegen jede weitergehende Fassung aus.

Weiter wurden die §§ 7 (Zentralausschuss, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben) sowie 8 (Zentralvorstand, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben) und 9 (Kosten der Arbeitsgemeinschaft) unverändert angenommen. Eine Erklärung über die erstmalige Zusammensetzung des Zentralausschusses wurde ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. Die ganze Satzungsborlage fand einmütige Zustimmung. Der Zentralausschuss ist vorläufig auf Arbeitnehmerseite durch je einen Vertreter der 6 an der Vereinbarung beteiligten Zentralen sowie durch je einen weiteren Vertreter der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Bauarbeiter gebildet. Eine längere Erörterung knüpfte sich an die Vereinbarung, wonach die höchstzulässige tägliche Arbeitsdauer 8 Stunden nicht überschreiten darf. Es ist vielfach versucht worden, die tägliche Arbeitsdauer über diese Grenze auszudehnen, um den Sonnabendnachmittag von der Arbeit freizulassen. Zu einer Entscheidung in dieser Streitfrage kam die Konferenz nicht; vielmehr wurde die Regelung der freien Vereinbarung überlassen.

S in f i n d l i c h der Beitragszahlung an die Generalkommission wurde ein Antrag des Vorstandes des Bauarbeiterverbandes angenommen, der Generalkommission neben dem regelmäßigen Beitrag einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Kopf der Mitglieder zu zahlen.

S o d a n n machte Legien der Konferenz einige Mitteilungen über die innere Verwaltung der Generalkommission nach Eintritt einiger Angestellten in die Regierung, sowie nach Rückkehr mehrerer Angestellten aus dem Heeresdienste. Es sei eine Einschränkung der Sozialpolitischen Abteilung sowie des Zentralarbeitssekretariats in Aussicht genommen. Dagegen solle eine „Gewerkschaftskorrespondenz“ und „Sozialpolitische Korrespondenz“ eingeführt werden. Genosse Wissell soll aus dem Zentralarbeitssekretariat in die Verwaltung der Generalkommission übertreten. Die Konferenz ist mit dieser Regelung einverstanden.

I n weiteren berichtete Legien, daß er zum Kontrolleur des roten Kreuzes eingesetzt worden sei. Die Generalkommission habe ferner ein Flugblatt für Massenagitation herausgegeben, dessen Druck in den Agitationsbezirken bewirkt werden soll, um den gegenwärtigen Transportschwierigkeiten Rechnung zu tragen. Schließlich stimmte die Konferenz der Aufhebung des im Anfange des Krieges beschlossenen Uebertrittsverbotes zu, doch soll bei den Uebertritten möglichst tolerant verfahren werden. Die Frage der Gewinnbeteiligung wurde bis zur nächsten Konferenz zurückgestellt. Nach Erledigung einiger Anfragen fand die Konferenz ihren Abschluß.

Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

I n der Nr. 47 der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ haben wir das Abkommen unseren Mitgliedern bereits zur Kenntnis gebracht. Nunmehr ist auch die amtliche Bekanntmachung erfolgt mit dem Zusatz der Reichsleitung:

Diesem Vertrag veröffentlichen wir mit dem Erfuchen die Leiter der Reichsbetriebe, seine

Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das gleiche empfohlen.

Das Schriftstück, das auch von der Reichsregierung unterzeichnet ist, trägt folgende Unterschriften:

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Gesamtverband deutscher Metallindustrieller. Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Zechenverband. Verband deutscher Waggonfabriken. Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie. Berliner Arbeitgeberverband der chemischen Industrie. Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie. Reichsverband der deutschen Lederindustrie und verwandter Berufe. Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Arbeitgeberschutzverband deutscher Schloßereien und verwandter Gewerbe. Bund der Arbeitgeberverbände Berlins. Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrgewerben. Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer. Oberschlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein, Rattowitz. Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Hauptvorstand Berlin. Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, hildische Gruppe, Rattowitz. Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie. Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe. Arbeitgeberverband im Holzlegergewerbe. Allgemeiner deutscher Arbeitgeberschutzverband für das Bädergewerbe. Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Verband der deutschen Gewerbevereine (H.-D.). Polnische Berufsvereinigung. Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Dr. Sorge, Hilger, Hugo Stinnes zugleich für Deutenberg, Jüngerberg, Böglar, Springorum, v. Baumer zugleich für A. B. Nieppel, Dietrich, Paul Mengers, Dr. Emil Laufen, C. A. Siemens, Rathenau, C. v. Borjig, Direktor Albert Müller, Heinrich, Ernst Purtschkin, Reuter. C. Legien, A. Stegerwald, Gustav Hartmann, Hugo Sommer, Dr. A. Rimmann, Dr. Höhle, Paul Westermeyer, Dr. Tändler in Vollmacht für Kommerzienrat Abellis, Schrey, Lammers.

Das Ziel der Demobilisierung.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung macht bekannt: „Die unproduktive Arbeit für Kriegsaufträge muß aufhören. Die Betriebe sind unverzüglich auf Friedensmaterial umzustellen. Zu diesem Zwecke haben alle staatlichen Stellen, Gemeinden, öffentlichen Korporationen usw. ihre Friedensaufträge umgehend zu erteilen. Öffentliche Notstandsarbeiten werden in Auftrag gegeben werden. Mangels vorliegender Aufträge ist Friedensarbeit auf Vorrat herzustellen. Die Beschaffungsbehörden dürfen irgendetwelche Ansprüche auf Herstellung von Kriegsmaterial aus laufenden Verträgen nicht mehr erheben. Die Industrie muß im Interesse möglichst baldiger Befriedigung friedenswirtschaftlicher Bedürfnisse auf den Anspruch, noch fernernher herzustellendes Kriegsmaterial auszuliefern, grundsätzlich verzichten. Alle Friedensaufträge sind den noch laufenden Kriegsaufträgen unbedingt vorzuziehen. Arbeiterentlassungen dürfen nur erfolgen, wenn an anderen Stellen für Arbeit gesorgt ist. Arbeitslosigkeit ist unter allen Umständen zu vermeiden.“

Nur wenn ausnahmsweise das Ziel — Friedensarbeit ohne Arbeitslosigkeit — nicht sofort erreicht wird, können Kriegsarbeiter als Notarbeiten vorübergehend noch fortgesetzt werden. Bei der Bemessung der Entgelte ist als Grundmaß festzustellen, daß eine Gewinnerzielung aus solchen Arbeiten infolge ihres Charakters als Notarbeiten nicht in Frage kommen kann.

Auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 über die Errichtung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsamt) wird hiermit verordnet:

1. Soweit nach dem 10. November 1918 noch ausnahmsweise Kriegsarbeiten fortgesetzt werden müssen, steht die mit den Arbeiten befaßte Beschaffungsbehörde neue Preise für die Weiterarbeit in Kriegsmaterial unter Berücksichtigung ihres Charakters als Notarbeit fest. Gegen diese Preisfestsetzung steht innerhalb vier Wochen nach Zustellung dem Lieferer oder Unterlieferer das Recht der Verzögerung an den Demobilisierungskommissar seines Bezirkes zu. Der Demobilisierungskommissar setzt nach Anhörung der Beschaffungsbehörde und des Verzögernden den Preis endgültig fest mit der Maßgabe, daß über den Erfaß nachweisbarer Gesamtgestehungskosten hinaus kein Gewinn gewährt wird, und daß keinesfalls der vertraglich vereinbarte Preis, auch anteilig nicht, überschritten wird.
2. Ein Anspruch auf entgangenen Gewinn wegen nicht ausgeführter Kriegsaufträge gegen die

Auftraggeber steht den Bieferern und Unterlieferern nicht zu.

3. Die vorstehenden Bestimmungen schließen eine Einigung über die sofortige Auflösung der Verträge oder Teile derselben, gegebenenfalls unter Uebernahme der unfertigen Gegenstände, zwischen Beschaffungsbehörde einerseits und Bieferer oder Unterlieferer andererseits nicht aus.

4. Zweifel über die Anwendbarkeit dieser Verordnung auf den Einzelfall entscheidet auf Antrag eines der Beteiligten das Demobilisationsamt.

5. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Stellen regeln die Einrichtung der dem Demobilisationskommissaren für die Erfüllung der zu 1. bezeichneten Aufgabe beizugebenden Organe. Das Verfahren vor dem Demobilisationskommissar ist gebührenfrei; über die Erstattung barer Auslagen entscheidet der Demobilisationskommissar.

6. Für Streitfälle aus dieser Verordnung ist der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen.

Korrespondenzen.

Breslau. (E. 8. 12.) Am 5. Dezember fand im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Wache über: Fragen der Uebergangswirtschaft referierte. Am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen forderte der Referent die Anwesenden auf, das Frägen zu der Neugefaltung des Reiches beizutragen. Hierauf sprach Koll. Adolph über die Uebergangswirtschaft und erläuterte die Bestimmungen des letzten Nachtages zum Reichstarif. Es wurde ein Antrag angenommen, in welchem für Schlesien eine unabhängige Person gefordert wurde, welche die Interessen der Kollegenchaft besser vertreten kann.

Hamburg. (E. 8. 12.) Eine Versammlung aller in der Treibriemenbranche beschäftigten Sattler und Hilfsarbeiter tagte am 5. Dezember im Gewerkschaftshause. Zur Beratung stand der Entwurf des Reichstarifs. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Müller, die Entstehung des Entwurfs klargestellt, hielt Kollege Drusenthal das einleitende Referat und betonte besonders die Vorteile und Notwendigkeit des Reichstarifs, indem er an der Hand des Reichstarifs für die Militärbranche auf die Bedeutung desselben hinwies. In der Diskussion traten die Kollegen Bauer und Renke für einen Antrag ein, den Entwurf gar nicht zu beraten, weil in demselben die heutige Zeit gar nicht berücksichtigt sei. Er laufe auch dem Verbot der Affordarbeit zuwider, auch seien die festgesetzten Löhne wohl für die frühere Zeit unter der Treitmühle des Kapitalismus geeignet, aber in heutiger sowie der allernächsten Zeit damit auszukommen empfehlen sie denjenigen, welche diese Sätze aufgestellt haben. Von anderer Seite wurde dem entgegengehalten, wenn der Entwurf auch in die heutige Zeit nicht hineinpaße, wir doch unsere praktische Mitarbeit durch Verbesserungsanträge nicht vorenthalten dürfen. Besonders scharf wurde kritisiert, daß Berlin in demselben eine Lohnklasse für sich beanspruche, weil das Leben sich in Städten wie Hamburg mindestens auf gleiche Höhe, wenn nicht noch teurer stelle. Kollege Drexelius befürwortete folgende Resolution: „Die am 5. Dezember im Gewerkschaftshause zu Hamburg tagende Versammlung der in der Treibriemenbranche von Hamburg-Altona-Wandsbek Beschäftigten hält den Zeitpunkt für die Schaffung eines Reichstarifs für das Treibriemen-gewerbe jetzt nicht für geeignet, weil nicht klar zu übersehen ist, wie sich die Verhältnisse in Deutschland in Zukunft gestalten werden. Sollte jedoch ein solcher Tarif zustande kommen, wird auch die hiesige Kollegenchaft ihre Mitarbeit nicht versagen.“ — Diese Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Hierauf wurde in die Beratung des Tarifs eingetreten und eine Reihe Abänderungsanträge, besonders der als zu niedrig angelegten Lohnsätze, angenommen.

Leipzig. (E. 5. 12.) In der Mitgliederversammlung am 22. November referierte Kollege Busch über die Entwicklung der Revolution. In seiner Einleitung wies er darauf hin, daß schon vor 18 Jahren die Unternehmern beim Reichstag Petitionen eingereicht haben, betreffs Vermehrung der Flotte. Es wurden Unterschriften für diesen Zweck gesammelt. In diesem Raum, in dem die heutige Versammlung tagt, nahm die Revolution ihren Anfang für Leipzig. Es waren schon die Städte Kiel, Bremen, Lübeck, Hamburg vorausgegangen. Der Achtfundentag soll sofort, und wo dies noch nicht geschehen, am 25. November, in Kraft treten. Es sollen nach der Verordnung die Rüstungsarbeiten bis 30. Dezember erledigt werden. In einer Sitzung mit den Unternehmern wird sich ergeben, in welcher Weise die Friedensarbeit geregelt werden soll. Kollege Döhler ergänzte noch, daß die Friedenswirtschaft nicht so aussehen soll wie vor dem Kriege, denn der Geldwert ist bedeutend gesunken. Bedenken wir doch, daß wir die politische Macht in unseren Händen haben. Kollege Steiner führte aus, daß die Herren

Kühlmann, Czernit ufw. die Hauptschuld daran haben, daß die harten Waffenstillstandsverhandlungen über uns gekommen sind. Zum 2. Punkt gab der Kassierer den Bericht vom 3. Quartal. Kollege Langenberger als Revisor bestätigte, daß er Abrechnung und Kasse in Ordnung gefunden hat. Sodann wies der Vorsitzende darauf hin, daß den Kollegen, welche beim Militär sind, auch dieses Jahr eine Weihnachtsunterstützung gewährt werden möchte, jedoch solle die hierzu nötige Summe nicht durch Listen sammeln aufgebracht, sondern aus der Lokalkasse entnommen werden.

Magdeburg. (E. 2. 12.) Am 27. November fand eine große öffentliche Versammlung aller in den Sattlereien beschäftigten Personen in der „Reichskrone“, Jakobstr. 42, statt. Zunächst begrüßte der Vorsitzende unsere aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen sowie alle übrigen Kollegen und Kolleginnen aufs herzlichste und beglückwünschte sie zu der endlich erreichten Freiheit. Zur Tagesordnung übergegangen, hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Zukunft des arbeitenden Volkes, welchem großer Beifall gezollt wurde. Zu Punkt 2 sprach Redner über unseren Beruf und stellte einen Vergleich auf über Lohnsätze und Lebensmittel und wies auf eine Reihe von Jahren zurück, wie es da in unserem Beruf ausgesehen hat. Darauf fand eine längere Debatte statt. Zum Punkt „Unsere Organisation“ wurde der vielseitige Wunsch ausgesprochen, daß sich sämtliche Personen, welche der Organisation noch nicht angehören, sofort derselben anschließen möchten. Die Versammlung war von 300—350 Personen besucht. Sie wurde um 10 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die errungene Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vom Vorsitzenden geschlossen.

Aus unserem Beruf.

Hermann Werner, der langjährige Rentant der Berliner Ortskrankenkasse der Sattler, und viele Jahre Mitglied unseres Zentralvorstandes, ist der Grippe mit nachfolgender Lungenentzündung zum Opfer gefallen. Sein aufrichtiges und gerades Wesen sichert ihm in unserer Kollegenchaft ein dauerndes Andenken.

Soziales.

Der Wiedereintritt der entlassenen Kriegsteilnehmer in die Krankenkasse. Durch die Gesetzgebung und Rechtsprechung ist die Krankenversicherung in weitgehendem Maße den Bedürfnissen der Kriegsteilnehmer angepaßt worden. So hatten sie das Recht, nach der Einberufung zum Heeresdienste freiwillige Mitglieder ihrer Krankenkasse zu bleiben und solchenfalls bei Krankheit, Verwendung usw. die Rassenleistungen, wie z. B. Krankengeld, zu beziehen. Leider ist von diesen Möglichkeiten nur geringer Gebrauch gemacht worden. Für die gegenwärtige Demobilisation von Bedeutung ist die Bundesratsverordnung vom 28. Januar 1915. Nach dieser können alle aus dem Heeresdienste Entlassenen, die wegen des Eintritts in den Kriegsdienst ihre Rassenmitgliedschaft haben erlöschen lassen, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat wieder in die Krankenkasse eintreten, auch wenn sie eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht aufnehmen. Solchenfalls sind sie als freiwillige Mitglieder zu behandeln. Die Krankenkassen sind nicht berechtigt, diesen Wiedereintritt in die Kasse von einer ärztlichen Untersuchung abhängig zu machen. Somit ist der Beitritt auch Kranken und selbst erwerbsunfähigen Entlassenen gestattet. Sie haben sogar Anspruch auf die vollen Rassenleistungen für derartige Unterstützungsfälle, die bei dem Wiedereintritt bereits vorhanden waren — so bestimmt die Bundesratsverordnung vom 16. November 1916.

Der freiwillige Beitritt binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat steht auch solchen Kriegsteilnehmern offen, die schon vor Friedensschluß wegen Verwundung oder Erkrankung als dienstuntauglich oder aus sonstigen Gründen entlassen wurden. Rückkehr in die Heimat liegt endlich auch vor bei einer längeren Weurlaubung. Gibt auch nicht jeder kurze Urlaub das Recht zum Wiederbeitritt in die Kasse, so doch ein längerer Urlaub, wenn der Weurlaube sein bürgerliches Leben für längere Zeit wieder aufnehmen kann. Auch die Soldaten, die zur Arbeit beurlaubt werden, ohne deshalb aus dem Militärverhältnis auszuscheiden und die, weil sie

Heeresangehörige bleiben, nicht krankenversicherungs-pflichtig sind, haben das Recht, als freiwillige Mitglieder der Kasse beizutreten.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Achtung! Militärsattler! Achtung!

Wir erhalten von verschiedenen Seiten die Mitteilung, daß die Zeitlohnarbeiter und Arbeiterinnen in der Ausrüstungsindustrie bei der Umrechnung von der 53stündigen zur 48stündigen Arbeitszeit geschädigt werden. Die Beschlußfassung des Tarifamtes war von dem Gedanken getragen, daß niemand in seinem Verdienst geschmälert werden darf, und daß bei 48 Stunden genau dasselbe verdient werden soll, wie bei 53 Stunden. Es sind deshalb die effektiv gezahlten Zeitlöhne, d. h. einschl. der Teuerungszulage sowie der Grundlöhne, um 10 Proz. zu erhöhen, was auch der in Nr. 47 unserer Zeitung veröffentlichten Vereinbarung zwischen der Industrie und den Gewerkschaften entspricht. Es heißt unter Punkt 9: „Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.“ Der Zentralvorstand. J. A.: P. Blum.

Adressenänderungen.

Pippstadt i. W. B.: Dietrich Walbeher, Kapellen-Handstraße 18. K.: J. Pettge, Parkstraße 5.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder:

- Mag. Frisch, Breslau, 26 Jahre alt, Josef Köhler, Breslau, 22 Jahre alt, Karl Ajimus, Stuttgart, 33 Jahre alt, Anton Dettling, Stuttgart, 22 Jahre alt, Wilhelm Ruding, Stuttgart, 37 Jahre alt, Franz Wiedemann, Hannover, 33 Jahre alt.

- Dresden. Am 18. November verstarb unser Mitglied Mag. Schmiedel, 62 Jahre alt, Leipzig. Im Alter von 55 Jahren starb unser Mitglied Caspar Grubasid. Hannover. Im Alter von 33 Jahren verstarb unser Mitglied Emma Bartels und im Alter von 20 Jahren unser Mitglied Marie Zwinge, beide an Lungenentzündung. — Ein trauriges Geschick traf unseren Kollegen Wilhelm Illjes, welcher von der Front zurückgekehrt war. Nur wenige Worte konnte W. Illjes zu seiner Familie sprechen, denn Herzschlag machte dem 48-jährigen Krieger seinem Leben ein Ende. Ehre ihrem Andenken!

Sattler

mehrere, nur selbständige, für Ledertaschen und Koffer sofort gesucht.

Anton Schwener, München, Theresienstraße 7.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

— Gegründet 1880. — Preislisten S. P. gratis und franko.

Gewebe — Gurte — Leder

Ersatz u. Misch. beste Qualität; für alle Zwecke. — Muster zu Diensten; Quantum angeben. — Julius Fischer, Bln.-Friedenau, Hertelstr. 1.

2—3 wenig gebrauchte, noch sehr gut erhaltene

Barrel-Ringschiff-Flachnähschmaschinen

für Sattler zu verkaufen.

Christoph & Unmack, Aktiengesellschaft,

Niesky, O./L.